

Bremische Bürgerschaft

Landtag

18. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

06.12.12

Gesundheitsgefährdung durch sogenannte Energydrinks

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass es zu Gesundheitsschäden durch den Konsum sogenannter Energydrinks mit hohem Koffein-, Vitamin- und Zuckergehalt gekommen ist, und wenn ja, zu welchen?
2. Hält der Senat die auf der Verpackung von Energydrinks aufgedruckten Warnhinweise für ausreichend, um auf eine mögliche gesundheitliche Gefährdung, insbesondere für Kinder, Jugendliche, stillende Frauen und Menschen mit Herz-Kreislaufkrankungen, hinzuweisen?
3. Wie bewertet der Senat den Vorschlag, im Land Bremen den Verkauf von Energydrinks an Kinder und Jugendliche zu verbieten, welche anderen Präventionsmaßnahmen befürwortet er gegebenenfalls?

Sarah Ryglewski, Winfried Brumma, Sybille Böschen, Björn Tschöpe
und Fraktion der SPD

2.

11.12.12

Jugendgewalt

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die im Rahmen des Hamburger Konzeptes gegen Jugendgewalt praktizierten Obacht- oder Ampel-Verfahren, wonach bei delinquenten Jugendlichen einmal wöchentlich bei allen an den Fallkonferenzen beteiligten Behörden und Institutionen abgefragt wird, ob Meldungen über ein Fehlverhalten vorliegen?

Beabsichtigt der Senat, auch in Bremen entsprechende Verfahrensweisen einzuführen?

Wie viele Fallkonferenzen hat es im Rahmen des Konzeptes „Stopp der Jugendgewalt“ seit 2008 gegeben, und zu welchen Ergebnissen haben diese geführt?

Gabriela Piontkowski, Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

3.

14.12.12

Blutspenden im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

Betrachtet der Senat die Zahl von Blutspender im Land Bremen derzeit als ausreichend, und wie viel Prozent der Versorgung mit Blut können im Land Bremen durch Spenden derzeit gedeckt werden?

In welchen Kliniken im Land Bremen wurden im letzten Jahr aus personellen oder anderen klinikinternen Gründen Blutspender abgewiesen?

Welche Maßnahmen hat der Senat unternommen, um in den Krankenhäusern im Land Bremen sicherzustellen, dass zukünftig keine weiteren Blutspender abgewiesen werden?

Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

4.

14.12.12

Bezug von Elterngeld von Vätern

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Meldung des Statistischen Bundesamtes, dass im Land Bremen unterdurchschnittlich viele Väter das Elterngeld in Anspruch nehmen?

Was bedeutet dies nach Ansicht des Senats für die gleichberechtigte Teilnahme von Vätern und Müttern am Erwerbsleben?

Welche Maßnahmen hat der Senat unternommen, um auch Väter zur verstärkten Inanspruchnahme des Elterngeldes zu ermutigen?

Sandra Ahrens, Elisabeth Motschmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

5.

17.12.12

**Umsetzung der Vorschläge des Untersuchungsausschusses
„Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven“**

Ich frage den Senat:

1. Welcher der im Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven“ (Drs. 15/1360) unterbreiteten Handlungsvorschläge sind bislang auf Landesebene umgesetzt worden?

2. Welchen der unverbindlichen Empfehlungen des unter 1. genannten Abschlussberichts sind Politik und Verwaltung bislang gefolgt?

Jan Timke (BIW)

6.

18.12.12

Beratungen zum Bundesmeldegesetz im Vermittlungsausschuss

Ich frage den Senat:

1. Wie ist der Stand der Beratungen des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat zum Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens (MeldFortG/ Bundesmeldegesetz)?
2. Was sind die Gründe, warum im Vermittlungsausschuss bislang noch keine Einigung über das Gesetz erzielt werden konnte, bzw. welche inhaltlichen Differenzen bestehen konkret?
3. Besteht über die künftige Ausgestaltung der einfachen Melderegisterauskunft (§ 44 BMG) im Vermittlungsausschuss bereits ein Einvernehmen, und wenn ja, wie sieht dieser Konsens im Hinblick auf die Weitergabe der melderechtlichen Basisdaten von Einwohnern durch die Meldebehörde zu Zwecken der Werbung und des Adressenhandels sowie an natürliche Personen aus?

Jan Timke (BIW)

7.

07.01.13

Übergriffe auf politische Vereinigungen im Land Bremen

Ich frage den Senat:

1. Liegen den Sicherheitsbehörden des Landes Bremen Erkenntnisse vor, dass die gewalttätigen Übergriffe auf eine Veranstaltung der Schüler Union am 13. Januar 2012 und des Vereins Deutscher Studenten zu Bremen am 16. November 2012 einen politisch motivierten Hintergrund hatten, und wenn ja, in welchem politischen Spektrum werden die Täter vermutet?
2. Hat der Staatsschutz in diesen Fällen die Ermittlungen aufgenommen, und wenn ja, welche Ermittlungsergebnisse liegen bereits vor?
3. Wie viele Übergriffe auf politische Vereinigungen im Land Bremen hat es im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 31. Dezember 2012 gegeben, welche Organisationen waren davon betroffen, und was ist gegebenenfalls über den jeweiligen

politischen Hintergrund der Täter bekannt (bitte auflisten nach Datum, betroffener Organisation und den ermittelten bzw. vermuteten Täterhintergrund)?

Jan Timke (BIW)

8.

08.01.13

Beschäftigung von schwerbehinderten Nachwuchskräften im öffentlichen Dienst

Wir fragen den Senat:

Wie viele Auszubildende, Praktikanten und Referendare mit Schwerbehinderung waren im Jahr 2012 im öffentlichen Dienst im Land Bremen beschäftigt, und wie hoch war jeweils der prozentuale Anteil?

Wie viele Auszubildende, Praktikanten und Referendare mit Schwerbehinderung wurden nach ihrem Abschluss im Jahr 2012 in den öffentlichen Dienst übernommen, und wie hoch war jeweils der prozentuale Anteil?

Durch welche Maßnahmen will der Senat in Zukunft sicherstellen, dass mehr schwerbehinderte junge Menschen eine Ausbildung, ein Praktikum oder ein Referendariat im öffentlichen Dienst absolvieren können bzw. nach ihrem Abschluss übernommen werden?

Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

9.

09.01.13

Verhandlungen des Senats mit der Jacobs University und der Jacobs Foundation

Wir fragen den Senat:

1. Welchen Stand haben die Verhandlungen des Senats mit der Jacobs University bzw. der Jacobs Foundation über eine weitere finanzielle Beteiligung Bremens an der Privat-Universität in Grohn?

2. Welche Kriterien und Anforderungen hat der Senat an weitere Finanzierungszusagen bisher geknüpft bzw. welche sollen geknüpft werden, und in welcher Art und Weise konnten bzw. können diese Anforderungen durchsetzungsfähig vertraglich verankert werden?

3. Wie bewertet der Senat die (bisherigen) Verhandlungsergebnisse?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

10.

10.01.13

Verhalten der Ultras im Weserstadion am 16. Dezember 2012

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat das Hochhalten eines Banners mit der Aufschrift „Bremer Polizistinnen/Polizisten - Mörderinnen/Mörder und Rassistinnen/Rassisten“ durch einige Ultras während des Bundesligaspiels im Weserstadion am 16. Dezember 2012?

Wurden aufgrund des Vorfalls Strafverfahren eingeleitet?

Welche Maßnahmen will der Senat ergreifen, um das Hochhalten von ähnlichen Bannern durch Ultras zukünftig zu verhindern?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

11.

10.01.13

Gemeinsame Anleihen von Bund und Ländern („Deutschlandbonds“)

Wir fragen den Senat:

1. Entsprechen die aktuellen Pläne des Bundesministers für Finanzen für die Emission von „Deutschlandbonds“ den Vereinbarungen, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den europäischen Fiskalpakt 2012 zwischen Bund und Ländern getroffen wurden?

2. Welches Verfahren für gemeinsame Anleihen von Bund und Ländern hatte die Finanzministerkonferenz entwickelt und vorgeschlagen?

3. Nach welchen Gesichtspunkten wird der Senat über eine Beteiligung Bremens an der jetzt vom Bund vorgeschlagenen Emission entscheiden?

Dr. Hermann Kuhn, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

12.

15.01.13

Mindestlohn bei den Sixdays

Wir fragen den Senat:

1. Welche Inhalte mit welcher Laufzeit hat der Vertrag zwischen WFB und Arena Catering, mit dem diese für die Bewirtung der Stadthalle beauftragt ist?

2. Weshalb sind Nutzer wie die Sixdays-Gesellschaft an diesen Vertrag gebunden, obwohl beispielsweise auf der Website der Online-Vermittlung location24 vermerkt ist „Catering frei wählbar, Technik frei wählbar, Brauerei frei wählbar“?

3. An wen können sich Beschäftigte im Land Bremen generell wenden, wenn sie bei einem Arbeitgeber, der unter das Mindestlohngesetz fällt, nicht den Mindestlohn erhalten?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE